Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

82 (8.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 82 — Freitag, den 8. April 1932 — 103. Jahrgang

Die Viermächte-Konferenz

Meinungsverschiedenheiten auf der Viermächtekonferenz

London, 7. April. Reuter meldet: Wie in später Abendstunde verlautet, hat sich nach der ersten Sitzung der Viermächtekonferenz **eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und Deutschland und Italien andererseits herausgestellt.** Der erste Ausschuß der Konferenz, der aus den Delegationsführern besteht, wird sich bemühen, diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Die beiden zur Diskussion stehenden Fragen sind:

1. **Muß Bulgarien in die Donauföderation einbezogen werden und**

2 **sollen die Donauländer für sich Verhandlungen führen?**

Die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens sind dafür, die in der Viermächtekonferenz erarbeiteten **Vorschläge der Konferenz der Donaustaaten vorzulegen,** während die deutschen und italienischen Vertreter es für notwendig halten, **eine Vollkonferenz der neun beteiligten Staaten einzuberufen.** Die deutschen und italienischen Vertreter sind der Ansicht, es sei wenig wahrscheinlich, daß eine richtige Lösung auf einer Konferenz der Donaustaaten allein gefunden werden könne und daß ein dort ausgearbeiteter Plan Oesterreich und Ungarn verhältnismäßig gegenüber der Kleinen Entente schwerer belasten müsse. Die Vorschläge über eine den Donaustaaten zu gewährende Hilfe bewegen sich, was Frankreich und Großbritannien anbelangt, im Rahmen finanzieller Unterstützungen; soweit Italien und Deutschland in Frage kommen, sind sie auf Zollerleichterungen abgestellt.

Eine deutsche Darstellung

London, 6. April. Es muß davor gewarnt werden, einen **politischen Gegensatz** zu sehen. In Erscheinung treten vielmehr die **Gegensätze zwischen den Geldgeberstaaten und den durch wirtschaftliche Erwägungen beeinflußten Handelsländern.** Die **französischen Vorschläge** gehen dahin, daß in erster Linie **finanzielle Hilfe** notwendig ist und daß für diese Hilfe gewisse Sicherheiten nötig sind. **Deutscherseits** ist man dagegen der Auffassung, **daß finanzielle Hilfe ohne gleichzeitige wirtschaftliche Unterstützung nur von vorübergehendem Nutzen ist.** Die Gegensätze werden sich wahrscheinlich überbrücken lassen. **Deutschland hat vitale Interessen daran, daß der Balkanmarkt nicht zerstört, sondern gehoben wird.** Es ist nicht wahrscheinlich, daß schon in London eine Antwort auf die Fragen gefunden werden wird, die technischer Natur sind. Deutschland hat daran auch den Vorschlag unterstützt, bald mit den Vertretern der zu unterstützenden Länder zusammenzukommen. In ähnlicher Lage befindet sich Italien. **Deutschland kann sich nicht von den osteuropäischen Märkten ausschließen lassen.** Deutschland befindet sich in anderer Lage als die Geldgeberländer, die natürlich noch stark den finanziellen Zusammenbruch dieser Länder befürchten. Ein solcher Zusammenbruch wäre für Deutschland natürlich auch mit Opfern und Verlusten verbunden, nicht aber in demselben Maße wie für die beiden Geldgeberländer. Auch daraus ergibt sich ein gewisser Gegensatz zwischen Italien und Deutschland auf der einen und England und Frankreich auf der anderen Seite, der in diesem Stadium nicht als politisch angesehen werden kann.

Ueberreichung einer österreichischen Denkschrift in London

London, 7. April. Wie „Times" meldet, hat der österreichische Gesandte gestern namens seiner Regierung Macdonald als dem Vorsitzenden der Viermächtekonferenz eine Denkschrift zugestellt, worin Oesterreich um Vorzugsbehandlung seiner industriellen Ausfuhr durch seine Nachbarn und die anderen europäischen Staaten ersucht.

Englische Blätter zu den Londoner Verhandlungen

London, 7. April. Die Aussichten der gegenwärtigen Londoner Verhandlungen werden in der Presse verschiedenartig beurteilt. Am pessimistischsten äußert sich das Blatt der Arbeiteroppposition, der „Daily Herald", der schreibt, wahrscheinlich werde nichts anderes übrig bleiben, als die Erörterung der Meinungsverschiedenheiten bis zur Genfer Zusammenkunft in der nächsten Woche zu verschieben. Ueber die Verhandlungen sagt das Blatt, der deutsche Standpunkt sei ungefähr der gleiche wie der italienische gewesen, nur daß er vielleicht noch etwas deutlicher zum Ausdruck gebracht worden sei.

„Morningpost" bezweifelt, daß die Kluft zwischen den beiden Standpunkten bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit noch in London werde überbrückt werden können. Es verlaute, daß England nach wie vor den Einschluß Bulgariens in die Donaugruppe begünstige.

„News Chronicle" nennt den französischen Donauplan einen Tropfen auf den heißen Stein und sagt, wenn wirklich nur erstrebt werde, eine Art Donaufreihandel unter Ausschluß Bulgariens zu schaffen und den beteiligten Staaten als Belohnung für die einander gewährte Vorzugsbehandlung eine Anleihe von 10 Millionen Pfund zu gewähren, dann habe es keinen Zweck, britisches Geld zu verschwenden. Das einzig sichere Ergebnis eines solchen Planes würde sein, Oesterreich fiskalisch mit der Tschechoslowakei und Rumänien statt mit Deutschland zu verbinden. Dies sei vielleicht ein Bestandteil der französischen, nicht aber der britischen Außenpolitik.

Am Freitag Abschluß — Fortsetzung in Genf

London, 7. April. Die Tatsache, daß am Donnerstag abend keine Vollsitzung der Konferenz stattfinden wird, um den Bericht des Ausschusses der Delegationsführer entgegenzunehmen, bedeutet zwar, daß die Verhandlungen der vier Mächte noch nicht ein Stadium erreicht haben, in dem mit Erfolg **endgültige Vorschläge ausgearbeitet werden können, aber auf jeden Fall eine Fortsetzung der Erörterungen mit erhöhten Aussichten auf irgend eine Form der Vereinbarung.** Es war von Anfang an daran gezweifelt worden, daß es bereits in London zu einer konkreten Regelung des verwickelten Problems kommen werde. Alle Anzeichen deuten auch darauf hin, **daß der Schwerpunkt der Donaukonferenz notgedrungen nach Genf verlegt werden wird.** Die wichtige Frage, ob in Genf parallel mit den Verhandlungen der vier Mächte eine Konferenz der fünf Donaustaaten eröffnet werden soll oder eine alle neun Staaten umfassende Konferenz, ist noch nicht entschieden. Es ist auch zweifelhaft, ob eine Entscheidung darüber bereits in London fallen dürfte. Bekanntlich befürworten sowohl Deutschland als auch Italien das letztere Verfahren.

In der Sitzung am Donnerstag nachmittag unterbreitete Staatssekretär von Bülow eingehend den deutschen Standpunkt in der Donaufrage. Seine sehr maßvoll und überzeugend vorgebrachten Argumente verfehlten nicht ihren Eindruck auf einen Teil der Delegierten, denen damit nicht zum ersten Male die deutsche Seite der Frage plastisch vor Augen geführt wurde. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verhandlungen weiter entwickeln werden. Wenn keine unvorhergesehenen Momente, die eine konkrete Lösung leichter gestalten, in die Debatte geworfen werden, **dürften die Verhandlungen am Freitag ein Ende finden und der nächste Akt würde sich in Genf abspielen.**

•

Ein Fortschritt auf der Donaukonferenz

London, 7. April. In den Besprechungen des Unterausschusses, der sich aus den vier Delegationsführern der Donaukonferenz zusammensetzt, scheint heute nachmittag ein Fortschritt erzielt worden zu sein, der zu der Hoffnung berechtigt, daß mit der **gemeinsamen Abfassung einer Einladung an die fünf Donaumächte zur Teilnahme an einer Konferenz gerechnet werden kann.**

•

Die französische Presse auf der Suche nach dem Sündenbock

Einhelligkeit in der Beschuldigung Deutschlands

Paris, 7. April. Die Berichte, die die französische Presse über den ersten Verhandlungstag der Führerkonferenz enthält, sind auf einen Ton abgestimmt, der, wenn man sich so ausdrücken darf, das Walten einer Vorsehung vermuten läßt. Die Durchschnittsansicht kommt am klarsten zum Ausdruck durch den Außenpolitiker des „Echo de Paris", der, der gehässigen Einstellung des Blattes entsprechend, schreibt: **Mit dem Auftreten Deutschlands und Italiens scheinen die Erfolgsaussichten des Donauplanes bereits stark vermindert zu sein. Die deutsche und die italienische Regierung sind allem, was zwischen Tardieu und Macdonald bereits vereinbart worden ist, feindlich gesinnt und nicht nur feindlich, sondern es geht ihnen geradezu darum, den Gedanken einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donauländer selbst zunichte zu machen.**

Noch weniger sachlich und noch schärfer polemisch gehalten sind die Ausführungen des Berichterstatters des „Matin". Er erklärt, die Verhandlungen werden möglicherweise in eine Sackgasse geraten und zum Scheitern verurteilt sein, für das Deutschland und Italien die Verantwortung würden übernehmen müssen.

„Petit Parisien" erklärt, wenn die Konferenz sich nicht in günstigem Sinne entwickle, dann würden Rom und Berlin die volle Verantwortung für das Scheitern der Londoner Verhandlungen übernehmen müssen.

Bülow gegen die Einbeziehung der Tschechoslowakei. — Die deutsche Ansicht.

T.U. **London**, 7. April. Während der Verhandlungen des Vierer-Ausschusses der Donau-Konferenz am Donnerstag Vormittag erklärte der deutsche Staatssekretär von Bülow zunächst, daß bei den Verhandlungen der Zollkonferenz am Mittwoch bereits in einigen Punkten eine Uebereinstimmung erzielt worden sei und zwar handele es sich um folgende Punkte:

1) Alle beteiligten Staaten sind sich in der Erkenntnis einig, daß der durch die Friedensverträge geschaffene Zustand keine wirtschaftliche und finanzielle Lebensmöglichkeit für die einzelnen Donaustaaten gewährleistet.

2) Ferner wurde eine Einigung über das Ziel der Besprechungen herbeigeführt, nämlich daß die Lebensfähigkeit der Donaustaaten nur durch ein gemeinsames Vorgehen gesichert werden kann.

3) Die Beteiligten stimmten ferner darin überein, daß eine Hilfsaktion für die Donaustaaten im unmittelbaren Interesse der betroffenen Großmächte und ganz Europas liegt.

4) Die Sanierungsaktion für den Donau-Raum bedeutet ein Vorbereitungsstadium für eine rationellere Gestaltung der gesamten europäischen Wirtschaft.

Anschließend erklärte Staatssekretär von Bülow, daß man aufgrund der bisher erfolgten Uebereinstimmung hoffen könne, daß die Konferenz zu einem Erfolg und zur Durchführung der geplanten Hilfsaktion führen werde.

Von Bülow ging darauf auf den französischen Vorschlag ein und betonte, daß von den fünf betroffenen Donaustaaten vier anerkannt hilfsbedürftig seien, während die Zusammenfassung dieser Länder mit der Tschechoslowakei eine solche mit einem Staat bedeute, der nach eigener Erklärung des tschechischen Außenministers sich nicht in einer Notlage befinde und der als Abnehmerstaat für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der agrarischen Donaustaaten und daher für deren wirtschaftliche Konsolidierung nicht ausreiche. Was die übrigen vier Staaten Oesterreich, Ungarn, Südslavien und Rumänien betreffe, so sei bei diesen Staaten der Grad der Hilfsbedürftigkeit verschieden. Es sei kein Zweifel darüber, daß Oesterreich und Ungarn hilfsbedürftiger seien als Südslavien und Rumänien. Ueberdies zeige der letzte Finanzbericht des Völkerbundsausschusses, daß sich auch andere auf dem Balkan befindliche Staaten in einer akuten Notlage befinden.

Auf das Vorzugszoll-System übergehend, erklärte von Bülow, daß schon seit Jahren versucht worden sei, dieses System durchzuführen, ohne daß jedoch ein Erfolg zu verzeichnen gewesen wäre. Es sei bekannt, daß die Friedensverträge für die fünf Jahre nach dem Abschluß derselben ein Präferenzsystem für die Nachfolgestaaten vorgesehen haben, ohne daß die in dieser Richtung gemachten Bemühungen jedoch erfolgreich gewesen wäre. Dies treffe auch für die Versuche der Tschechoslowakei, eine wirtschaftliche Annäherung der Staaten der Kleinen Entente herbeizuführen, zu. Zur Begründung des französischen Präferenz-Planes sei auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Staaten einander näher zu bringen, die vor dem Kriege ein einheitliches Wirtschaftsgebiet gebildet haben.

Dies treffe jedoch nicht ganz zu, da erstens das ganze Gebiet der fünf Nachfolgestaaten, abgesehen von Oesterreich, durch das Hinzukommen des altrumänischen und altserbischen Teiles in seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen bedeutend zugenommen habe. Zweitens habe sich das wirtschaftliche Bild insofern geändert, als in den letzten dreizehn Jahren in den betreffenden Staaten der Versuch gemacht worden sei, künstlich Industrien hochzuzüchten, die nur einen gewissen Grad der Entwicklung erreicht hätten.

Wenn es gelingen würde, ein wirtschaftliches System unter diesen Staaten zu bilden und wenn alle außenstehenden Staaten ihre Meistbegünstigungsrechte nicht geltend machten, wäre dann wirklich durch das Vorzugszollsystem der Notlage abgeholfen?

Nach deutscher Ansicht trifft das nicht zu. Darin liegt das Kernproblem der ganzen Frage, weil nach deutscher Auffassung ein wirtschaftlicher Bund durch dieses Vorzugszollsystem nicht gewährleistet würde. Bei Durchführung desselben hätten die agrarischen Donaustaaten für ihre landwirtschaftlichen Ueberschüsse keinen Absatzmarkt, da Oesterreich und die Tschechoslowakei allein diese Ueberschüsse nicht aufnehmen könnten. Ferner würde die Tschechoslowakei in industrieller Hinsicht ein starkes Uebergewicht im Donauraum aufgrund ihrer neu entwickelten Industrien, jedoch auf Kosten der übrigen industriellen Lieferländer gewinnen. Dagegen ist einzuwenden:

Wie statistisch nachgewiesen ist, findet schon jetzt ein starker Warenaustausch zwischen den Staaten des Donauraumes statt. Dieser Austausch könnte natürlich noch durch Vorzugszölle erhöht werden. Nach deutscher Auffassung jedoch würde auch das nicht zu einer Gesundung führen können. Dabei wies von Bülow auf Oesterreich u. die Tschechoslowakei hin, die ihre gesamten Getreidezuschüsse aus den übrigen Balkanländern beziehen. Ferner erklärte von Bülow auf einen vor kurzem erschienenen Artikel der „Morningpost" hinweisend, daß Italien der größte Absatzmarkt für Jugoslavien sei, während die anderen vier Donaustaaten den fünften Teil ihrer Ausfuhren nach Deutschland abgäben. Die Tschechoslowakei und Oesterreich könnten unter den günstigsten Umständen nicht mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der übrigen Donaustaaten abnehmen. Diese sind daher auf Italien und Deutschland angewiesen.

Bülow betonte dann nachdrücklich, daß eine Durchführung des französischen Planes eine sehr schwere Schädigung der gesamten deutschen Wirtschaft bedeuten würde und wies auf die daraus erfolgende Verdrängung der deutschen Industrieausfuhren nach den Donaustaaten durch die Tschechoslowakei hin. Der Verzicht auf diese Ausfuhr, wie er Deutschland von Frankreich zugemutet werde, ist für Deutschland ein derartig schweres Opfer, wie es unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht tragbar ist. Die Größe des Opfers geht aus den nachfolgenden Ziffern klar hervor: Englands Ausfuhr nach den Donaustaaten betrage durchschnittlich 200 Mill. Mark im Jahr und die französische noch weniger, während die deutsche Ausfuhr sich auf über eine Milliarde RM. beläuft. Es bedeute daher für Deutschland wie auch für Italien ein Lebensinteresse, daß ihnen dieser Markt nicht beschränkt werde. Die wirtschaftlichen Verflechtungen ergeben sich aus folgenden Ziffern des Jahres 1930: Gesamteinfuhr des Donauraumes aus Deutschland und Italien 30 v. H., Gesamtausfuhr aus dem Donauraum nach Deutschland und Italien 25 v. H. Die Einfuhr aus Frankreich dagegen beträgt nur 3,8 v. H., während der Donauraum 4,1 v. H. nach Frankreich ausführt.

Schließlich ging von Bülow auf den „deutschen Plan" über, der in den wesentlichen Zügen in der deutschen Antwort auf die französische Donaudenkschrift dargelegt worden ist. Er sieht folgendes vor:

1. Gewährung von Vorzugszöllen für die Getreideerzeugung der Agrarstaaten des Donauraumes: Ungarn, Südslavien, Bulgarien und Rumänien. Deutschland und Frankreich hätten

diesen Plan bereits durch Abschluß von Vorzugszollverträgen mit einigen dieser Staaten teilweise zur Durchführung gebracht.

2. Gewährung von allgemeinen einseitigen Vorzugszöllen durch die Großstaaten für die Industrie und Landwirtschaft Oesterreichs. Auch dieser Plan bedeute noch ein großes Opfer für Deutschland, denn die vorzugsweise Aufnahme der Erzeugnisse der Donaustaaten würde eine schwere Konkurrenz für den deutschen Außenhandel bedeuten und außerdem würde die deutsche Ausfuhr nach den anderen Großmächten, die dem Donauraum Vorzugszölle gewährten, beeinträchtigt werden.

Der deutsche Vorschlag:

1) Es handelt sich zunächst darum, die Wirtschaft dieser lebensunfähigen Staaten lebensfähig zu machen. Erst dann könne sie aufgrund der lebensfähigen Wirtschaftslage kreditwürdig werden. enDas kann jedoch nur eintreten, wenn man die Ausfuhr dieser Länder fördert und ihre Kaufkraft dadurch hebt.

2) Während die deutschen Vorschläge sofort durchführbar sind, stehen dem französischen Plan große Schwierigkeiten entgegen, wie sie schon während der letzen 13 Jahre bei ähnlichen Versuchen einen Erfolg verhindert hätten.

Abschließend betonte von Bülow, eine Verbindung der deutschen mit den französischen Vorschlägen sei unmöglich, denn für Deutschland würde die Gewährung einseitiger Vorzugszölle an die Donaustaaten nur dann möglich sein, wenn die deutsche Ausfuhr in den Donauraum nicht durch einseitige Vorzugszölle der Donaustaaten untereinander erschwert oder unterbunden wird. Voraussetzung für den deutschen Vorschlag sei daher, daß der französische Vorschlag nicht durchgeführt werde. Eine Unterbindung der deutschen Ausfuhr nach den Donaustaaten hätte zur Folge, daß der deutsche Export nach anderen Teilen der Welt gedrängt würde, insbesondere in die Teile, die noch entwicklungsfähig sind, also die Ueberseegebiete. Dies wiederum hätte zur Folae, daß Deutschland bei diesen Ueberseeländern als Gegenleistung einen großen Teil seines Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen einzudecken hätte, was wiederum zu einer Schädigung des Donauraumes führen würde. Es sei daher klar ersichtlich, so schloß Staatssekretär von Bülow, daß der französische Vorschlag für Deutschland unannehmbar sei.

Vertagung der Donaukonferenz. — Pessimistische Stimmung in London.

T.U. **London,** 7. April. In der Nachmittagssitzung des Viererausschusses der Viermächte-Donaukonferenz wurde die folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Der Ausschuß, der von der Viermächtekonferenz am Mittwoch ernannt worden ist, hielt am Vormittag und am Nachmittag Sitzungen im Foreign Office ab und erörterte im einzelnen die hauptsächlichsten Vorschläge, die der Konferenz vorgelegt worden sind. Der Bericht über diese Verhandlungen soll der Vollkonferenz am Freitag vormittag um 10 Uhr vorgelegt werden."

Nach der Konferenz unternahm Macdonald mit dem italienischen Außenminister Grandi eine Kraftwagenfahrt.

Soweit die Lage im Augenblick zu übersehen ist, beabsichtigt der Viererausschuß der Vollkonferenz am Freitag eine Vertagung vorzuschlagen. Dies würde ermöglichen, daß sich die Viermächtekonferenz als solche an einem anderen Orte versammelt. In englischen Kreisen besteht noch die Hoffnung, daß eine Formel zustandekommen wird, aufgrund deren die Donaumächte zu einer Konferenz eingeladen werden können.

Innerhalb des Viererausschusses besteht eine gewisse Uebereinstimmung hinsichtlich der allgemeinen Grundsätze, so z. B., daß den Donaustaaten sofort geholfen werden muß und daß irgendwelche Hilfeleistungen in der Form von „wohltätigen Zuschüssen nicht infrage kommen, da man darin übereinstimme, daß die Staaten auf ihre eigenen Füße gestellt werden müßten. Hinsichtlich aller anderen Punkte ist jedoch noch keine Uebereinstimmung erzielt worden. Der Umfang der Beratungen hat sich infolge der Mitteilung des italienischen und des deutschen Standpunktes erheblich ausgedehnt. Eine Reihe von Einzelheiten bedarf noch einer genauen Nachprüfung. Der Vorsitzende hat die in Frage kommenen Vertreter ersucht, ihm möglichst bald, vielleicht noch am Donnerstag abend, eine Antwort zukommen zu lassen. Die Gesamtstimmung ist nach wie vor ziemlich pessimistisch.

Das Ergebnis der Donaukonferenz. — Ein Bericht. — Schluß Freitag mittag.

T.U. **London,** 7. April. Das Ergebnis der Verhandlungen des Vierer-Ausschusses der Donaukonferenz am Donnerstag wurde in einem Protokoll zusammengefaßt, das etwa 2½ Schreibmaschinenseiten lang ist und in etwa fünf Absätze eingeteilt ist. Dieses wird der Vollkonferenz am Freitag vormittag vorgelegt. Der Inhalt bewegt sich in allgemeinen Ausdrücken, führt die Punkte auf, in denen die Mächte übereinstimmen, hebt die zutage getretenen Gegensätze hervor und beschäftigt sich mit der weiteren formellen Behandlung der Donaufrage.

Das Protokoll bringt zum Ausdruck, daß grundsätzlich finanzielle Hilfsmaßnahmen nur dann einen Zweck hätten, wenn gleichzeitig dafür gesorgt werde, daß die unterstützten Staaten wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt würden, damit sie in Zukunft aus eigener Kraft ihren Verpflichtungen nachkommen könnten. Unter dem Eindruck der Ausführungen des Staatssekretärs von Bülow wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Großmächte zu den Donaustaaten von einander wesentlich abweichen. Es wird zugegeben, daß Deutschland und Italien an dem Handel mit den Donaustaaten mehr interessiert sind als Frankreich und England und daß die Erhaltung des italienischen und deutschen Ausfuhrmarktes für die Donaustaaten von Wichtigkeit ist. Ein besonderer Abschnitt befaßt sich mit der Meistbegünstigung, wobei darauf hingewiesen wird, daß die auf besondere und zeitweilige Erleichterungen erörtert worden sind, daß aber von zwei Staaten noch keine endgültige Zustimmung zu der Aufgabe des Meistbegünstigungsrechtes erfolgt ist, wobei erwähnt wird, daß auch eine zeitweilige Aufgabe dieser Rechte für die Dauer der Krise unter Umständen von Wichtigkeit sein könnte. Das Protokell schlage dann vor, daß die Viermächte-Konferenz als solche bestehen bleiben und zu weiteren späteren Sitzungen zusammentreten soll. Der Gedanke von Parallelkonferenzen der vier Mächte und der Donaustaaten, wie er von italienischer Seite als Vermittlung vorgeschlagen wurde, wird in dem Protokoll abgelehnt und erklärt, daß vielleicht ein nochmaliger Zusammentritt der Viermächte-Konferenz notwendig sei, ehe die Donaumächte hinzugezogen werden könnten. Die Möglichkeit einer Einbeziehung Bulgariens ist offen gelassen. Die Konferenz wird voraussichtlich schon Freitag mittag zu Ende gehen.

Die Londoner Viermächtekonferenz ist tot. — Die Ansicht in französischen Kreisen.

T.U. **London,** 7. April. Als der französische Finanzminister von dem Besuch bei Macdonald im Unterhaus in sein Hotel zurückkehrte, war klar, daß keine Hoffnung mehr auf eine Rettung der Londoner Viermächte-Donaukonferenz besteht. Flandin hatte sich vor dem Besuch bei Macdonald mit Tardieu telephonisch in Verbindung gesetzt und sich mit ihm über die Lage ausgesprochen. Es wurde beschlossen, daß Frankreich unter keinen Umständen den Gedanken einer Neun- bis Zehnmächtekonferenz annehmen könne, sondern auf der Zusammenkunft der fünf Donaumächte bestehen solle und hieran hat sich durch die Macdonald-Flandin-Unterredung nichts geändert.

In französischen Kreisen ist man der Ansicht, daß damit die Viermächte-Konferenz tot ist. Man glaubt nicht, daß die Sitzung dieser Konferenz jemals wieder aufgenommen wird, da sich bisher nicht die geringste Aussicht auf eine Annäherung der sich einander gegenüberstehenden Ansichten zeigt und von einer gemeinsamen Grundlage für eine Einigung nicht die Rede ist.

Im Laufe der Nachmittagsverhandlungen hatte Flandin den Vorschlag gemacht, daß die beteiligten Staaten eine Erklärung abgegeben, wonach sie sich grundsätzlich zu einer Aufgabe ihrer Meistbegünstigungsrechte gegenüber den Donaustaaten bereit erklären, vorausgesetzt, daß die Konferenz der Donaustaaten selbst das System gegenseitiger Präferenzen als durchführbar bezeichnen und zu dessen Einführung gewillt sei. Deutschland und Italien und gegebenenfalls England sollten also ihre endgültige Entscheidung von dem Ausgang der Verhandlungen der Donaustaaten unter sich abhängig machen. Die deutsche und anschließend die italienische Regierung erklärten darauf, daß sie sich zu diesem Vorschlag zur Zeit unmöglich äußern könnten. Eine solche Entschließung sei auf der Konferenz unmöglich. Die Gegengründe gegen die deutschen Vorschläge, die Flandin während der Besprechungen des Vierer-Ausschusses am Donnerstag vorbrachte, erstreckten sich in der Hauptsache auf folgende zwei Punkte:

1. Der französische Plan versuche, der gesunden wirtschaftlichen Einheit der alten Donaumonarchie möglichst nahe zu kommen. Zur Zeit der Donaumonarchie habe der Donauraum rund 40 v. H. seiner Einfuhren von Deutschland bezogen und es sei nicht einzusehen, warum bei Bildung eines ähnlichen wirtschaftlichen Blocks nicht dieselben günstigen Bedingungen für die deutschen Ausfuhren gegeben sein sollten. Was die von Deutschland befürchtete industrielle Vormachtstellung der Tschechoslowakei im Donauraum betreffe, so sei zu bemerken, daß die Tschechoslowakei zur Zeit der Donaumonarchie ihre industriellen Erzeugnisse vollkommen zollfrei in dem übrigen Donauraum absetzen konnte, während ihr jetzt nur noch eine Zollbegünstigung von 10 v. H. zugestanden werden solle. Außerdem sei die tschechoslowakische Industrie nicht so entwickelt wie die deutsche.

2. Der deutsche Vorschlag sei insofern mit dem bestehenden Meistbegünstigungssystem nicht vereinbar als jeder andere Staat, der mit Deutschland Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen habe, gegen eine Gewährung einseitiger Präferenzen Deutschlands gegenüber diesem oder jenem Donaustaat Einspruch erheben könnte. Der deutsche Vorschlag bedeute Mehrabgabe von Wirtschaftsgütern aus dem Donauraum und daher eine Benachteiligung der bisherigen übrigen Lieferländer Deutschlands.

Es herrscht die allgemeine Ansicht vor, daß es sich in der Sitzung am Freitag nur noch darum handeln kann, der Viermächte-Konferenz ein noch leidlich anständiges Begräbnis zuteil werden zu lassen.

Graf Waldersee

Zum 100. Geburtstag am 8. April

Von Rittmeister a. D. Fiebig.

Wohl selten ist es einem Menschen in dem Maße vergönnt gewesen, die gewaltige Bedeutung der Stimme seines Vaterlandes im Konzert der Weltmächte aus eigenster Erfahrung kennen zu lernen, wie dem Grafen Waldersee. Er ist der einzige General, vor dem Truppen aller Staaten der Kulturwelt paradierten und präsentierten, damals, als Deutschland auf dem Gipfel seiner Macht groß und bedeutend war im Rate der Völker. Alfred Graf v. Waldersee wurde am 8. April 1832 als Sohn eines preußischen Offiziers zu Potsdam geboren. 1865 erfolgte seine Ernennung zum Adjutanten des Prinzen Karl von Preußen. Nicht nur für den Menschen und Offizier, war dies eine besondere Auszeichnung, sondern auch für den Artilleristen, denn der Prinz war Chef und General-Inspektor dieser Waffe. Bis nach Beendigung des Feldzugs von 1866 bekleidete der Graf dieseStelle, dann wurde er in den Generalstab versetzt und kam als Major in den Stab des Generalgouvernements Hannover, später Generalkommando des 10. Armeekorps. Bismarck wurde auf ihn aufmerksam und empfahl ihn für die freiwerdende Stelle des Militärattaches in Paris. Am 13. Januar 1870 erfolgte die Ernennung hierzu, und am 2. Mai folgte die zum Flügeladjutanten des Königs.

Waldersee wurde dann Chef des Generalstabes des 10. Armeekorps, als solcher 1876 Generalmajor und 1880 General a la Suite. In ganz besonderer Gunst stand er bei Moltke. Dem Generalstab zugeteilt, wurde er 1885 zum Generaladjutanten ernannt und vom Kaiser Friedrich zum General der Kavallerie befördert. Als Moltke infolge seines hohen Alters um Enthebung von seiner Stellung bat, wurde Waldersee am 10. August 1888 zu seinem Nachfolger ernannt. Bis zum 2. Februar 1891 hat der Graf an der Spitze des Generalstabes gestanden und ihn in Moltkeschem Geiste geleitet. Dann übernahm er das Generalkommando des 9. Armeekorps, das er bis 1. April 1898 befehligte. Da Graf Waldersee für den Ernstfall als Armeeführer vorgesehen war, erhielt er 1898 die 3. Armeeinspektion mit dem Sitz in Hannover, seiner Lieblingsstadt. Im Jahre 1900 feierte er sein 50jähriges Dienstjubiläum und am 6. Mai wurde er Generalfeldmarschall. Bald sollte er den Marschallstab führen. Die Wirren in China, an denen alle Kulturstaaten interessiert waren und daher Truppen dorthin entsandt hatten, erheischten einen einheitlichen Oberbefehl. Kein Geeigneterer konnte für diesen Posten gefunden werden als Graf Waldersee. Alle Staaten der Welt erklärten sich sofort mit seiner Person einverstanden. Freudig zog er bald 70jährig hinaus, willig alle Schwierigkeiten, und deren gab es Hunderte, auf sich nehmend. Hier krönte Waldersee sein Lebenswerk. Gerade in unserer Zeit der Konferenzen kann man es richtig würdigen, welch ungeheures diplomatisches Geschick der Feldmarschall besaß, daß er es fertig brachte, daß unter allen Großmächten niemals eine ernstliche Verstimmung aufkam, und daß alle, als er nach neunmonatiger Anwesenheit Chinas Boden wieder verließ, ihm uneingeschränkte Anerkennung zollten. Leider waren dem selten befähigten Mann nur noch wenige Lebensjahre beschieden, der Aufenthalt in Ostasien hatte seine Gesundheit erschüttert. In den letzten Februartagen des Jahres 1904 erkrankte der Marschall und schlummerte bereits am 5. März sanft hinüber. Waldersee, in seinem Privatleben ein außergewöhnlich bescheidener und frommer Mann, war zweifellos eine der interessantesten Persönlichkeiten seiner Zeit

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Konnte Dieter noch länger auf seinem Standpunkt verharren? Sie waren treue Kameraden im Kriege gewesen, sie würden es bleiben, würden gemeinsam die große Kulturtat vollbringen, — wenn es sein mußte, gemeinsam in den Tod gehen.

„Ich werde mit Reichlin sprechen. Sollte er Bedenken haben, so werde ich sie zu zerstreuen wissen."

„Ich danke dir, Dieter!" Kramers ernste, dunkle Augen schimmerten feucht. „Ich wäre ohne deine Zusage nicht von hier fortgegangen. Eins muß ich dir aber noch sagen: So gefahrvoll, wie du die Geschichte hinstellst, ist sie gar nicht. Ich weiß, was der Motor leistet. Noch ehe du hier warst, habe ich die allerersten Probeflüge mit ihm gemacht. Ich sage dir, mir hat das Herz im Leibe gelacht!"

„Weiß ich ja alles, Korporal! Meinst du, mir wäre bange? Es ist gar kein solches Wagnis, wie es immer hingestellt wird, und wenn ich dich vorhin von der Mitfahrt abbringen wollte, geschah es nur deiner Frau wegen. Na, nun ist ja alles geregelt, reden wir nicht von Bedenken. Wir drei machen die Fahrt und damit basta!"

Leicht wurde es ihm aber doch nicht, Reichlins Zustimmung zu erhalten, der Kramer ungern dem Werk für voraussichtlich längere Zeit entzog. Schließlich gab er doch Hellings dringenden Bitten nach.

Damit war die Frage der Besatzung erledigt.

Bezüglich Aufstellung des Kurzwellenapparates machte Markwald, der von seinem Konzern zur Verfügung gestellt worden war, den Vorschlag, zwei Empfänger aufzustellen, den einen in Utingen und den zweiten in Irland, wo der Landsendeapparat, den er selbst bedienen wollte, arbeiten sollte. Er sah in der Verlegung des Senders nach Irland eine größere Gewähr für eine störungsfreie Verständigung.

Graven-Detten, der Irland sehr gut kannte, hatte als geeignetsten Punkt für Landung und Start in Irland ein kleines Fischerdorf an der Nordwestküste in Vorschlag gebracht, wo weite, glatte Flächen vorhanden und somit alle Bedingungen für eine reibungslose Abwickelung erfüllt waren. Die gute Ortskenntnis Dettens und seine organisatorische Befähigung ließen ihn Reichlin als den geeignetsten Mann erscheinen, dem er die Leitung in Irland übertragen konnte. Da kam Detten selbst mit dem Ersuchen heraus, ihn nach Irland zu schicken.

„Ich halte es für das beste, verehrter Herr Generaldirektor, wenn ich unverzüglich abreise. Es muß ein kleines Häuschen gefunden, der Landungsplatz ausgewählt und kenntlich gemacht werden und was dergleichen mehr ist. Sobald ich dort klar sehe, telegraphiere ich Ihnen, damit die Vorbereitungen schnellstens in Angriff genommen werden können."

„Vollkommen einverstanden!" erwiderte Reichlin, der sich über Dettens Entschlußkraft freute.

Zwei Stunden später schon befand sich Detten auf der Reise nach Irland.

Als Elli von Markwald hörte, der sich zum Abschied bei ihr eingefunden hatte, daß Herr von Graven-Detten seit mehreren Tagen schon in Irland weile, um in der Gegend von Killala die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, erwachte Argwohn in ihr. Sie hatte Dettens Drohung auf dem Flugfeld in Utingen nicht vergessen.

„Herr Markwald, wann treten Sie Ihre Reise an?"

„Noch heute abend, mit dem Nachtfern-D-Zug vom Bahnhof Zoo."

Elli überlegte. Ja, es ließ sich machen.

„Ich habe eine Bitte an Sie! Nehmen Sie mich mit!"

„Ich dachte, Sie wollten dem Abflug in Utingen beiwohnen?"

„Ich ziehe es vor, auf dem Zwischenlandungsplatz zu sein. Ich habe meine Gründe dafür. Also, wollen Sie mich mitnehmen?"

„Aber mit dem größten Vergnügen! Da komme ich ja zu einer reizenden Reisegefährtin."

Elli überhörte das Kompliment, ihre Gedanken waren mit anderen Dingen beschäftigt.

„Ich gehe sofort ans Packen. Wir treffen uns also heute abend auf dem Bahnhof Zoo. Aber jetzt müssen Sie mich entschuldigen."

Markwald fragte nicht weiter und machte sich auch keine Gedanken über Ellis Programmänderung, er war viel zu sehr erfreut, mit ihr zusammen reisen zu können.

In Utingen war alles zum Abflug bereit. Noch einmal waren das Flugzeug und die Motoren auf das genaueste überprüft worden. Reichlin selbst hatte es sich nicht nehmen lassen, stundenlang dabei zu sein, und selbst den kleinsten Griff zu überwachen. Niemand sollte sagen können, daß man nicht peinlichst sorgfältig verfahren sei.

Während in der Villa ein Abschiedsfrühstück vor sich ging, das Reichlin zu Ehren seiner drei Pioniere gab, sammelten sich um den Flugplatz nicht nur Einwohner von Utingen und den Nachbarorten, sondern alle diejenigen, die von weit her gekommen waren, den denkwürdigen Augenblick mitzuerleben, in dem das Flugzeug „Germania" der Reichlinwerke sich in die Lüfte schwingen würde, um die beabsichtigte Dauerflugverbindung nach dem amerikanischen Kontinent über Grönland zu eröffnen.

Das guirlandengeschmückte Flugzeug harrte einsam auf einem mit flatternden Fähnchen in weitem Umkreis abgesteckten Platz, von der Sonne hell beschienen, seiner großen Aufgabe.

Zeitungsleute, Pressephotographen und Filmoperateure liefen aufgeregt umher und suchten nach den bestgeeignetsten Standplätzen. Auf einem Podium, von dem er weiteste Sicht hatte, stand Alfred Braun vom Berliner Rundfunk als Reporter sämtlicher deutscher Sender und schilderte der ganzen Welt, was sich hier zutrug, während die kühnen Flieger noch in der Villa Reichlin weilten.

„Meine Damen und Herren!" Der Gastgeber hatte sich von seinem Sitz erhoben. „Wir alle durchleben in diesem Augenblick eine ernste, aber auch eine unsere Herzen freudig und hoffnungsvoll schlagen lassende Stunde. Drei brave und unerschrockene Männer haben sich zusammengetan, um meine Idee in die Tat umzusetzen. Es ist überflüssig, zu sagen, wie sehr ich mich ihnen dafür verbunden fühle. Seien Sie versichert, meine Herren, ich werde es Ihnen nie vergessen, mit welcher Freudigkeit und mit welchem Opfermut Sie sich für mich und mein Werk einzusetzen bereit sind. Nehmen Sie die Gewißheit mit sich, daß all mein Denken und Fühlen Sie unausgesetzt begleitet, und nicht nur das meinige und das meiner Familie in besonderem Sinne, sondern auch dasjenige vom ersten bis zum letzten Arbeiter der Reichlinwerke.

(Fortsetzung folgt.)